

**Verwaltungsvorschriften zu § 25 Absatz 1, 6 und 7 UVollzG Bln
Ersatzleistungen für entgangene Geldleistungen**

vom 23. Oktober 2023

JustV III A 9

Telefon 90 13 - 3933 oder 90 13 - 0, intern 9 13 - 39 33

Aufgrund des § 6 Absatz 2 Buchstabe b AZG wird zum Vierten Abschnitt – Arbeit, Bildung, Freizeit –, § 25 Absatz 1, 6 und 7 des Berliner Untersuchungshaftvollzugsgesetzes vom 3. Dezember 2009 (GVBl. S. 686), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung von Berliner Justizvollzugsgesetzen vom 14. September 2021 (GVBl. S. 1079), bestimmt:

1

Über Beträge, die als Ersatz für entgangene, im Berliner Untersuchungshaftvollzugsgesetz geregelte Geldleistungen gewährt werden (z.B. Zeugenentschädigung, Verletztengeld), können die Untersuchungsgefangenen wie über die Geldleistungen verfügen, an deren Stelle sie treten.

2

(1) Untersuchungsgefangene, die Vergütung und ggf. Zulagen nach dem Berliner Untersuchungshaftvollzugsgesetz erhalten und die als Zeuginnen oder Zeugen vor Gericht vernommen werden, erhalten für die Dauer des sich daraus ergebenden Ausfalls dieser Geldleistungen Ersatz nach dem Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz – JVEG).

(2) Als entschädigungspflichtiger Zeitraum gilt auch die Zeit, die ein durchzuführender Gefangenentransport dauert oder gegebenenfalls die Reisezeit, die Untersuchungsgefangene benötigen, die im Wege der Ausführung nach dem Berliner Untersuchungshaftvollzugsgesetz als Zeugin oder Zeuge an Terminen teilnehmen.

3

(1) Den Untersuchungsgefangenen ist eine Bescheinigung - JVollz 323 - über die Höhe der durch die Zeugentätigkeit vor Gericht entgangenen Bezüge auszuhändigen.

(2) Eine Durchschrift dieser Bescheinigung erhält die Zahlstelle mit der Festlegung, wie die Untersuchungsgefangenen nach Gutschrift der Entschädigung hierüber verfügen können.

4

Beziehen die Untersuchungsgefangenen Arbeitsentgelt oder Ausbildungsbeihilfe nach dem Berliner Untersuchungshaftvollzugsgesetz, so ist der tatsächlich entstehende Ausfall zu bescheinigen. Hierbei werden die am letzten vor dem Zeugentermin liegenden Arbeitstag erzielten Bezüge einschließlich etwaiger Zulagen zugrunde gelegt.

5

Diese Verwaltungsvorschriften zu § 25 Absatz 1, 6 und 7 UVollzG Bln treten am 1. November 2023 in Kraft und mit Ablauf des 31. Oktober 2028 außer Kraft.

Berlin, 23. Oktober 2023

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Im Auftrag

Gerlach